

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

10.03.2006

Land soll Personalkosten für Kitas übernehmen

Die Freien Wähler (FW) im Main-Kinzig-Kreis wollen die Übernahme der Personalkosten in Kinderbetreuungseinrichtungen durch das Land. „Nach dem Vorbild anderer Bundesländer könnten die Kommunen dann im Gegenzug die Eltern von den Beiträgen freistellen und so das Betreuungs- und Bildungssystem sozial gerechter und durchgängiger machen“, so Heinz Breitenbach, der Kreisvorsitzende der FW. Ministerpräsident Roland Koch fordern die Freien Wähler auf, seinem Muster-Bundesland Bayern zu folgen, wo das Land immerhin 40 Prozent der Personalkosten der Kindergärten zahlt.

Mit der Forderung nach Kostenübernahme durch das Land folgt Breitenbach einer vom Landesvorstand der Freien Wähler ausgearbeiteten Grundsatzposition. Darin fordern die FW die Abkehr von stereotypen Rollenbildern von Frauen und Familie. Idealisiert werden dürfe weder die Frau, die auf ihre Karriere zugunsten von Kindern verzichte noch jene, die Familie und Beruf vereinbaren wolle.

„Das gesellschaftliche Klima, in dem Kinder als Kosten- und Karrierebremse empfunden werden, muss verschwinden. Denn das ist der Grund, weshalb Deutschland mit 1,36 Kindern in der europäischen Geburtenrate Schlusslicht in Europa ist“, betont der Kreisvorsitzende der Freien Wähler.

Wesentliche Hindernisse für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind in den Augen der Freien Wähler fehlende Betreuungseinrichtungen, deren Kosten und Finanzierung sowie starre und ungünstige Öffnungszeiten. Die Kommunen seien in den letzten 20 Jahren zwar von oben her verpflichtet worden, Betreuungseinrichtungen und geeignetes Personal zur Verfügung zu stellen. „Wie der laufende Betrieb, Personal und Sachkosten finanziert werden sollen, hat aber niemand gesagt“, beklagt Breitenbach und verweist darauf, dass der prozentuale Steueranteil für die Gemeinden in dieser Zeit nicht gestiegen ist.

„In dieser Situation kommen jetzt – natürlich vor der Kommunalwahl - die Forderungen der Parteien, die Betreuungseinrichtungen für die Eltern kostenlos zur Verfügung zu stellen, ohne jedoch zu sagen, wie dies finanziert werden soll“, erklärt der Kreisvorsitzende. Denn infolge gleichzeitig sinkender Steuereinnahmen könnten viele Gemeinden ihre Haushalte jetzt schon nicht mehr ausgleichen. Sie müssten Kassenkredite aufnehmen, um Personal, Sachkosten und Zinsen zu bezahlen.

„Wir Freien Wähler sind der Auffassung, dass Familienpolitik gleichzeitig Bildungs- und Wirtschaftspolitik sein muss“, stellt Breitenbach fest und verweist auf Schweden, Dänemark, Norwegen oder die Schweiz, wo über 75 Prozent der Frauen erwerbstätig sind gegenüber 66 Prozent in Deutschland. Um diese Quote zu erhöhen, fordern die Freien Wähler:

1. Eine bessere finanzielle Förderung von Eltern durch gezielte Hilfen, um die Kosten für die Kinder zu senken.
2. Bessere Kinderbetreuung durch ausreichende Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen, die wie bei Schulen kostenfrei sein sollen. Gefragt sind nicht Aufbewahrungsanstalten, sondern die Förderung kindgemäßen Lernens. Die Öffnungszeiten sollten flexibel und an die Arbeitszeiten angepasst statt starr, wie bisher oft, zu sein.
3. Auch die Wirtschaft muss mitspielen, indem sie Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten so gestaltet, dass Arbeitsplätze auch für Frauen mit Kindern infrage kommen oder bei

entsprechender Finanzierung selbst Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stellt.

„Unsere Städte und Gemeinden können eine ausreichende Betreuung, insbesondere der unter Dreijährigen, nicht leisten, so lange der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht geändert wird“, macht Breitenbach klar. „Bund, Länder und Kommunen müssen sich bei einem Familiengipfel an einen Tisch setzen und ein durchgängiges, sich nicht widersprechendes Konzept für Betreuungseinrichtungen, einschließlich seiner Finanzierung, erstellen. Eine zumindest teilweise Übernahme der Kita-Kosten durch das Land wäre dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung.“